

WAHLPRÜFSTEINE DEUTSCHE RHEUMA-LIGA E.V. – GRÜNE ANTWORTEN

Frage 1: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in der kommenden Wahlperiode die Versorgung von Menschen mit rheumatischen Erkrankungen verbessern?

Eine gute gesundheitliche Versorgung für alle Berlinerinnen und Berliner zu gewährleisten ist ein wichtiges Ziel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das schließt Menschen mit rheumatischen, also chronischen, Erkrankungen explizit mit ein.

Menschen mit chronischen Erkrankungen sind besonders hart davon betroffen, wenn die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Berufsgruppen im Gesundheitswesen oder zwischen Krankenhaus und der Versorgung zu Hause nicht gut funktioniert. Wir sind uns ihrer besonderen Belastungen bewusst.

Es gibt im Gesundheitswesen noch zu viele Grenzen – zwischen den einzelnen Berufsgruppen, zwischen den Sektoren der ambulanten und der stationären Versorgung, aber auch zwischen den Bereichen Prävention, Pflege und Rehabilitation. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten diese Grenzen abbauen und überwinden. Davon würden Menschen mit chronischen Erkrankungen besonders profitieren.

Dafür wollen wir unter anderem die Mittel für Krankenhausinvestitionen erhöhen. In den Haushaltsberatungen haben wir eine Finanzierung vorgeschlagen, die Berlin an den Bundesdurchschnitt von jährlichen Investitionsmitteln in Höhe von 140 Mio. Euro heranführt. Wir wollen prüfen, inwiefern Anreize für eine Verwendung der Investitionsmittel nach gezielten Qualitätskriterien geschaffen werden können. Sowohl ein gutes Entlassmanagement als auch der Abbau von Barrieren im Krankenhaus können dazugehören.

Zudem muss jeder Hebel bei der Krankenhausplanung genutzt werden, um Qualitätskriterien zu verankern und die Zusammenarbeit von Krankenhäusern mit ambulanten Strukturen wie Arztpraxen oder Pflegediensten zu verbessern.

Im gemeinsamen Landesgremium nach § 90a SGB V muss ein Schwerpunkt auf die Verbesserung des Versorgungsmanagements gelegt werden und die Verzahnung der verschiedenen Sektoren vorangetrieben werden. Dazu gehört auch, künftig die sozialen und gesundheitlichen Bedarfslagen vor Ort bei den Planungen stärker zu berücksichtigen.

Um die Trennung zwischen den Berufsgruppen im Gesundheitswesen abzubauen, hat unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus in dieser Legislatur einen ersten wichtigen Schritt gemacht: Mit dem Gesundheitsberufetag hat sie die verschiedenen Berufsgruppen zusammengebracht, damit sie einander kennenlernen, austauschen und sich vernetzen können. Dies kann eine Grundlage sein, dass Fachärztinnen und -ärzte im Krankenhaus mehr einbezogen oder sie bei der häuslichen Pflege stärker von Krankenpflegerinnen und -pflegern unterstützt werden können.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, wohnortnahe, niedrighschwellige und unabhängige Beratungsangebote für Menschen mit Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit sowie für ihre Angehörigen weiter auszubauen. Unser Ziel ist ein dichtes Beratungsnetz in den Kiezen, das dann auch angemessen auf psychosoziale Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen oder andere Leistungen hinweisen kann.

Frage 2: Unterstützen Sie in der kommenden Wahlperiode die Einrichtung eines „Landesplan Therapiebäder“, um dringend benötigte Einrichtungen für Menschen mit rheumatischen Erkrankungen finanziell abzusichern?

Bewegung ist ein wichtiger Baustein bei der Behandlung von rheumatischen Erkrankungen. Darüber sind wir uns bewusst und möchten als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bewegungsmöglichkeiten angemessen fördern und unterstützen.

Wir danken der Deutsche Rheuma-Liga Berlin e.V. und den anderen Selbsthilfeorganisationen dafür, dass sie spezielle Bewegungsangebote für Menschen mit chronischen Erkrankungen anbieten. Dies ist ein wichtiges Therapieangebot für die Betroffenen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass diese Angebote im erforderlichen Umfang Zugang zu geeigneten Räumen und Bädern erhalten. Dafür ist gegebenenfalls im Dialog mit dem Landessportbund nach Lösungen zu suchen.

Einem „Landesplan Therapiebäder“ und einem Gesundheitsziel „Mehr Bewegung“ mit dem Eckpunkt „Erhalt- und Neubau von Therapiebädern“ stehen wir im Grundsatz aufgeschlossen gegenüber. Es müssen jedoch erst die Rahmenbedingungen geprüft und der Dialog mit den entsprechenden Akteuren und Gremien der Berliner Gesundheitslandschaft geführt werden, bevor es hier zu definitiven Entscheidungen kommen kann.

Stand: 2016-06-20